

# Christiane Schneider

CHRISTIANE SCHNEIDER

## Biografisches

Arbeit als Verlegerin, Redakteurin, Schriftsetzerin und Druckerin in einem kleinen linken Verlag.

Geboren 1948 in Hamburg. Kindheit, Schule und Abitur im Rheinland. Diverse Tätigkeiten, überwiegend in Redaktionen und Verlagen. 1987 Umschulung zur Schriftsetzerin. Seit Mitte der 80er Jahre lebe ich in Hamburg.

## Woher ich komme

Politisch aktiv seit 1967, mobilisiert durch die außerparlamentarische Bewegung der 68er. Mitgliedschaft im SDS, später in Organisationen der »neuen Linken«.

Seit 1992 Mitglied der PDS, 2002 bis 2006 als Landessprecherin. Derzeit eine der Landessprecher/innen der Partei DIE LINKE in Hamburg.

Die einschneidenden Ereignisse meiner Politisierung, die Notstandsgesetze und der Vietnamkrieg, haben mein politisches Leben seither maßgeblich bestimmt. Die Verteidigung der Grundrechte gegen staatliche Repression und Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg und insbesondere die deutsche Beteiligung an immer mehr Kriegen sind meine Schwerpunkte, dazu das Engagement für interkulturelle Verständigung.

BEITRÄGE VON CHRISTIANE SCHNEIDER

ANTRÄGE VON CHRISTIANE SCHNEIDER

Hier finden Sie aktuelle Anträge der Abgeordneten Christiane Schneider – ältere Anträge, kleine und große Anfragen finden Sie [in der Parlamentsdatenbank der Hamburgischen Bürgerschaft](#).

12. September 2018

**Hamburg muss zum sicheren Hafen werden!**

Tagtäglich ertrinken Menschen auf der Flucht nach Europa im Mittelmeer. Die Regierungen von Italien und Malta kriminalisieren Nichtregierungsorganisationen, die Geflüchtete vor dem Ertrinken retten, und setzen deren Boote fest. Gegen diesen Zivilisationsbruch muss ein Zeichen gesetzt werden! Deshalb beantragen wir, dass Hamburg die Kriminalisierung der Seenotrettung öffentlich verurteilt und sich zur Aufnahme von geretteten Geflüchteten bereit erklärt. [Zum Antrag](#)

---

14. Juli 2018

**Radikalenerlass – Ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Hamburgs muss aufgearbeitet werden**

Der 1972 beschlossene sogenannte Radikalenerlass richtete sich primär gegen die Linke, die ab 1968 im Aufwind war. Er bedeutete für Tausende, dass sie wegen ihrer politischen Haltung von Berufsverboten betroffen waren – als Begründung dafür reichten bereits die Mitgliedschaft in Parteien wie der DKP oder Teilnahme an Demonstrationen. SPD und Grüne haben einen Antrag zur Aufarbeitung dieser Praxis eingebracht, der allerdings in den Konsequenzen sehr vage bleibt. In unserem Zusatzantrag geht es uns darum, die Praxis der Berufsverbote umfassend aufzuarbeiten, die Betroffenen zu rehabilitieren und zu entschädigen. [Zum Antrag](#)

---

30. August 2017

**Afghanistan ist nicht sicher – Sofortiger humanitärer Abschiebestopp nach Afghanistan**

Die Sicherheitslage in Afghanistan ist katastrophal. Seit Wochen und Monaten erschüttern schwere Anschläge das Land, bei denen zahlreiche Zivilisten/-innen ums Leben kamen.

Laut UNO-Unterstützermmission in Afghanistan (UNAMA) wurden zwischen Anfang Januar und Ende Juni 2017 landesweite 1.662 Zivilisten/-innen getötet und 3.581 weitere verletzt. Im Jahr 2016 sind 3.498 Zivilisten/-innen getötet und 7.920 verwundet worden. [Zum Antrag](#)

31. Mai 2017

## **G20 – Die Protestierenden brauchen ein Camp!**

Der am 7./8. Juli 2017 in Hamburg stattfindende G20-Gipfel soll ein „Festival der Demokratie“ werden, so der Hamburger Innensenator Andy Grote laut Medienberichten. Justizsenator Till Steffen hatte laut „Der Welt“ bereits zuvor klargestellt, es „werden selbstverständlich möglich sein, „während des Gipfels sehr sichtbar zu demonstrieren und sehr sichtbar auch abweichende Meinungen, Kritik und Ähnliches zu äußern“. Und das werde „auch im Hinblick auf große Demonstrationen“ und „auch an einem zentralen Ort in dieser Stadt möglich sein“. In Deutschland gelte Versammlungsfreiheit, und auch das werde wie der Gipfel stattfinden.“ [Zum Antrag](#)

14. Februar 2017

## **Bleiberecht für Opfer rechter und rassistischer Gewalttaten**

Rassisten, Rechtspopulisten/-innen und Rechtsextreme verbreiten Hass und Hetze. Straftaten mit rechtem oder rechtsextremem Hintergrund stiegen in Hamburg insbesondere im letzten Quartal 2015 (172 Straftaten) extrem an und bewegen sich seitdem auf hohem Niveau (zwischen 68 und 86 Straftaten im Quartal). Seit September 2015 sind in Hamburg 26 rassistisch und/oder rechts motivierte Körperverletzungen begangen worden, mehr als die Hälfte davon gelten als Gewalttaten. Die unabhängige Beratungsstelle empower spricht von einer deutlich höheren Dunkelziffer. [Zum Antrag](#)

14. Februar 2017

## **Erweiterte Mobilitätskarte für auswärtig untergebrachte Asylsuchende muss her!**

Seit dem 1. Februar 2016 erhalten Hamburg zugeteilte Geflüchtete, die ihr Asylverfahren betreiben, eine sogenannte Mobilitätskarte, die es ihnen ermöglicht, sich im Großbereich des HVV zu bewegen. Die Kosten werden ihnen automatisch von den 143 Euro (für einen alleinstehenden Erwachsenen, für andere entsprechend weniger) „Leistungen zur Deckung persönlicher Bedürfnisse“ abgezogen. [Zum Antrag](#)